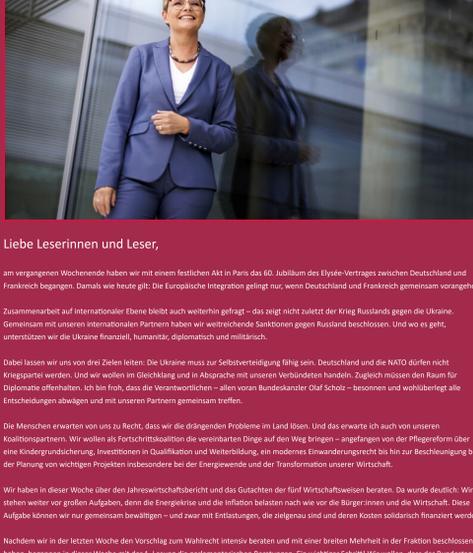


BERLIN KOMPAKT

NEUES AUS DEM BUNDESTAG UND DEM WAHLKREIS

Newsletter von Sabine Dittmar, Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis 248

Ausgabe 3/2023



Liebe Leserinnen und Leser,

am vergangenen Wochenende haben wir mit einem festlichen Akt in Paris das 60. Jubiläum des Elysée-Vertrages zwischen Deutschland und Frankreich begangen. Damals, wie heute gilt: Die Europäische Integration gelang nur, wenn Deutschland und Frankreich gemeinsam voranzogen.

Zusammenarbeit auf internationaler Ebene bleibt auch weiterhin gefragt – das zeigt nicht zuletzt der Krieg Russlands gegen die Ukraine. Gemeinsam mit unseren internationalen Partnern haben wir weitreichende Sanktionen gegen Russland beschlossen. Und wo es geht, unterstützen wir die Ukraine finanziell, humanitär, diplomatisch und militärisch.

Dabei lassen wir uns von drei Zielen leiten: Die Ukraine muss zur Selbstverteidigung fähig sein. Deutschland und die NATO dürfen nicht Kriegspartei werden. Und wir wollen im Gleichklang und in Absprache mit unseren Verbündeten handeln. Zugleich müssen dies Raum für Diplomatie offenhalten. Ich bin froh, dass die Verantwortlichen – allen voran Bundeskanzler Olaf Scholz – Personen und wohlüberlegt alle Entscheidungen abwägen und mit unseren Partnern gemeinsam treffen.

Die Menschen erwarten von uns zu Recht, dass wir die dringenden Probleme im Land lösen. Und das erwarte ich auch von unseren Koalitionspartnern. Wir wollen die Fortschritte der vereinbarten Dinge auf den Weg bringen – angefangen von der Pflege reformieren über eine Kindergründerförderung, Investitionen in Qualifikation und Weiterbildung, ein modernes Einwanderungsrecht bis hin zur Beschleunigung bei der Planung von wichtigen Projekten insbesondere bei der Energiewende und der Transformation unserer Wirtschaft.

Wir haben in dieser Woche über den Jahreswirtschaftsbericht und das Datum der für Wirtschaftswachen beraten. Da wurde deutlich: Wir stehen weiter vor großen Aufgaben, denn die Energiekrise und die inflationen belasten nicht nur die Bürgerinnen und die Wirtschaft. Diese Aufgabe können wir nur gemeinsam bewältigen – und zwar mit Entlastungen, die zielgenau sind und deren Kosten solidarisch getragen werden.

Nachdem wir in der letzten Woche den Vorschlag zum Wahlrecht intensiv beraten und mit einer breiten Mehrheit in der Fraktion beschlossen haben, begannen in dieser Woche mit der 1. Lesung die parlamentarischen Beratungen. Ein wichtiger Schritt! Wir wollen, dass der Bundestag bei seiner Regelgröße bleibt und keine Fraktionen einseitig bevorzugt wird – und das stellen wir mit unserem Vorschlag sicher.

Ihre

Soziale Politik für Dich



Startschuss für klimafreundliche Neubauförderung!

Zwei neue Förderprogramme zur Unterstützung des Wohnungsbaus gehen in Kürze an den Start. Ab März beginnt der Förderprogramm für klimafreundlichen Neubau (KFN). Ab Juni 2023 erfolgt eine bessere und zielgerichtete Neubauförderung für Familien.

Zusammen bilden die Maßnahmen einen starken Impuls für Eigenheimförderung und Klimaschutz. Beides hat für uns einen hohen Stellenwert, den wir massiv unterstützen. Im Fokus des Programms „Klimafreundlicher Neubau“ stehen Gebäude, deren Energiebilanz den verabschiedeten Klimazielen entsprechen. Gefördert wird zum einen der klimafreundliche Neubau von Wohn- und Mietgebäuden, die den energetischen Standard eines Effizienzhauses 40 entsprechen. Als weitere Förderung steht der klimafreundliche Neubau mit einem zusätzlich zertifizierten QNG-Siegel im Fokus. Dieses QNG-Siegel ist ein Nachhaltigkeitszertifikat, das bestimmte Anforderungen an die ökologische, soziale, ökonomische und ökonomische Qualität von Gebäuden erhebt.

Ziel ist es, vom Bau bis zum Abriss weniger Treibhausgase und Ressourcen auszustoßen sowie weniger Flächen und Energie zu verbrauchen. Ein digitaler Gebäudemonitoring für Neubauten erleichtert die Wiederverwendung von Bauprodukten.

Es werden bei Wohngebäuden bis zu 100 Prozent der förderfähigen Kosten des Vorhabens finanziert, maximal bis zu 100.000 Euro pro Wohneinheit. Für ein klimafreundliches Wohngebäude mit QNG-Siegel gibt es mehr Fördergeld, bis zu 150.000 Euro pro Wohneinheit. Förderempfänger können Privatpersonen, aber auch Wohnungsunternehmen, Kommunen oder Genossenschaften sein.

Ein neues Förderprogramm für Wohngeld zum Familien startet im Juni. Statt Baukindergeld wird es zielgerichtete KfW-Kredite geben. Familien mit einem zu versteuernden Einkommen von bis zu 60.000 Euro plus 10.000 Euro pro Kind sollen ab Juni 2023 ein zinsverbilligtes Darlehen von 340.000 bis 240.000 Euro über die staatliche Förderbank KfW beantragen können. Für dieses Programm stehen zunächst 350 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Wohnungsnot ist überall in Deutschland groß. Mit den beiden Stellschrauben schaffen wir mehr Anreize für den Neubau. Dem akuten Wohnungsmangel setzen wir so etwas entgegen.



Stiftung „Unabhängige Patientenberatung“ geplant

Seit 2021 können Patient:innen und Verbraucher:innen Beratung und Informationen zu gesundheitlichen und rechtlichen Fragen bei der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD) erhalten – unabhängig davon, ob sie gesetzlich, privat oder nicht krankensichert sind. Die UPD beantwortet Fragen telefonisch, online oder vor Ort beispielsweise zum Krankengeld, zu Medikamenten oder Operationen. Die Beratung ist unabhängig und kostenfrei. Patient:innen sollen so in die Lage versetzt werden, ihre Rechte eigenständig wahrzunehmen sowie selbstbestimmte und informierte Entscheidungen zu treffen.

Im Gesamtentwurf der Bundesregierung, den wir in dieser Woche in erster Lesung beraten haben, ist vorgesehen, die Unabhängige Patientenberatung neu zu strukturieren und ihre Arbeit zu verstetigen. Dazu soll eine neue Stiftung bürgerlichen Rechts gegründet werden. Die Stiftung „Unabhängige Patientenberatung“ mit diesem Schritt wird eine Vorgabe des Koalitionsvertrags umgesetzt und für die UPD eine unabhängige, staatliche und dauerhafte Struktur geschaffen, über die langfristig Gelder für die Information und Beratung von Patient:innen bereitgestellt werden können.

Es ist vorgesehen, dass der Spitzenverband Bund der Krankenkassen und die privaten Krankenversicherungsgesellschaften die laufende Arbeit der Stiftung finanzieren. Der Entwurf stellt sicher, dass weder die Gesundheit noch die privaten Krankenversicherer Einfluss auf die Tätigkeit der Stiftung nehmen kann, das heißt, sie ist unabhängig.

Die Mitglieder des Vorstands der Stiftung sollen im Einvernehmen mit den maßgeblichen Patient:innen-Organisationen vorgeschlagen werden, also solcher Organisationen, die sich für die Interessen von Patient:innen und die Selbsthilfe chronisch kranker und behinderter Menschen einsetzen. Ein Stiftungsrat, bestehend aus verschiedenen Akteuren aus den Bereichen Gesundheitswesen, Patientenvertretung, Bundesregierung und Parlament, unterstützt und beauftragt den Stiftungsrat. Die Stiftung soll einen wissenschaftlichen Beirat und Sachverständigen durch einen wissenschaftlichen Beirat, der die Expertise aus unterschiedlichen Fachrichtungen vereint.



Wir verkleinern den Bundestag!

Wir verkleinern den Bundestag! Denn der ist in den vergangenen 20 Jahren viel zu groß geworden. Der aktuelle Bundestag hat statt der per Gesetz eigentlich vorgesehenen 598 Abgeordneten derzeit 736 Abgeordnete. Ein Hauptgrund dafür sind die sogenannten Übergang- und Ausgleichsmandate. Derzeit gibt es 138 davon – viel zu viele! Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion mit den anderen Ampel-Fraktionen einen Gesetzesentwurf erarbeitet, der diese Mandate abschaffen wird. Dadurch kann der Bundestag künftig nicht mehr über die Regelgröße von 598 Abgeordneten hinaus anwachsen.

Was uns dabei besonders wichtig ist: Unser Gesetzesentwurf betrifft im Ergebnis alle Fraktionen gleichermaßen. Er ist eine historische Chance! Denn zur Wahrheit gehört: 16 Jahre lang haben CDU/CSU eine Verkleinerung des Bundestags verhindert – auch weil sich die CDU immer in der Gesinnung der CSU befand, die besonders stark von den Übergangsmandaten profitiert. Dieses einseitige Privileg schaffen wir endlich ab!



Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Am Freitag haben wir im Bundestag der Opfer des Holocaust gedacht. 2023 stehen die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgten Menschen im Mittelpunkt.

Millionen Menschen hielten dem Terrorregime der Nationalsozialisten zum Opfer. Sie wurden wegen ihrer Religion, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, politischen Überzeugung, sexuellen Orientierung, ihres Lebensstils, persönlichen Merkmale oder ihrer körperlichen, geistigen und psychischen Konstitution verfolgt und ermordet. All jene Menschen verdienen es, dass wir ihrer Leben und ihrer Leiden gedenken.

Zahlreiche Opfer wurden jedoch auch nach 1945 noch gesellschaftlich und gesetzlich diskriminiert. Beispielsweise standen sexuelle Handlungen zwischen Männern in der DDR und in der Bundesrepublik noch lange unter Strafe und auch heute gibt es Homophobie Vorurteile in unserer Gesellschaft zu überwinden. In diesem Sinne möchten wir dem Gedenken auch Aufarbeitung der Verbrechen, Rehabilitation der Opfer und gesellschaftliche Bildung einhergehen.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion sind froh und dankbar über die hervorragende Arbeit, die an vielen Gedenkorten geleistet wird und wollen diese Arbeit auch künftig auskömmlich unterstützen. Das Programm „Jugend erinnert“ wurde im Haushalt 2023 auf Initiative der SPD verankert und finanziell gestärkt. Ebenfalls werden zentrale Projekte weiter vorangetrieben.

Das im Oktober 2020 beschlossene „Dokumentationszentrum Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ befindet sich in der Konzeptionsphase. Wir werden im Parlament dafür sorgen, dass es zügig umgesetzt werden kann. Zudem will die SPD-Bundestagsfraktion eine Anerkennung der Opfer der „Euthanasie“, Morde und Zwangssterilisation als Verfolgte des NS-Regimes umsetzen. Für die Opfer der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas, die wegen ihres Widerstands gegen das Regime und den Kriegsdienst systematisch verfolgt wurde, soll ein zentraler Gedenkort geschaffen werden.

Julian Dächert mit Familie zu Besuch im Bundestag

Kurz vor Weihnachten hatte ich das Vergnügen einen sehr an Politik und dem Geschehen im Bundestag interessierten 13-jährigen Kennenlernen. Als Julian Dächert (auf dem Bild vorne) vor wenigen Tagen mit seiner Familie in Berlin war, konnte ich ihn im Paul-Löbe-Haus empfangen. Gemeinsam mit meinem Mitarbeiter durfte er einen Blick hinter die Kulissen des Bundestags werfen, einen Besuch auf der Besuchertribüne des Parlaments während einer Debatte und im leeren Fraktions-Sitzungssaal der SPD inklusive. Besonders wohl hat sich Julian dort auf dem Stuhl von Olaf Scholz gefühlt.



Blick ins Besucherzentrum des Bundesgesundheitsministeriums

Kurz vor Weihnachten sind wir mit dem Bundesgesundheitsministerium in unser neues Berliner Domizil in der Mauerparklage umgezogen. Jetzt ist auch das Besucherzentrum dort fertig und ich freue mich schon darauf, dort Besucher:innen aus meinem Wahlkreis empfangen zu können. Zum Beispiel bei einer der vom Bundespresserat organisierten Betriebsfahrten. Bei Interesse können Sie sich gerne in einem meiner Büros melden.



Neujahrsempfang der SPD-Schweinfurt Stadt und Land

Nach dem Neujahrsempfang in Bad Bocklet ging es am vergangenen Wochenende weiter nach Döhrnbühl. Dort hatte die SPD Schweinfurt Stadt und Land zu ihrem Neujahrsempfang eingeladen. Gemeinsam mit meinem Bundestagskollegen Markus Hämpler habe ich einen Blick auf die Bundespolitik geworfen und zudem die Bayerische Staatsregierung aufgefordert, gemeinsam mit der Bundesregierung die lange liegen gebliebenen Probleme im Gesundheitswesen, wie die Finanzierung der Krankenkassen und den Fachkräftemangel in der Pflege, zu lösen.

Einen Bericht über die Veranstaltung bei der auch Landtagskandidat Stefan Rohman und Landrat Florian Topfer, der für den Bezirksgaun, kandidiert, am Rednerpult standen, finden Sie hier oder Sie klicken aufs Bild.



Teamtag am BBZ Münnerstadt

Als ehemalige Schüler:innen, die dort ihre Ausbildung zur Kinderpflegerin absolviert hat, bin ich dem Berufsbildungszentrum in Münnerstadt noch immer erg verbunden. Ich freue mich jedes Mal, wenn ich dorthin zurückkehren darf, auch wenn die Schule inzwischen in einen Neubau umgezogen ist. Am vergangenen Montag war es wieder einmal soweit. Beim Teamtag „Berufsbildungszentrum“ wurde der Kinderpfleger:innen ein Blick auf Einladung von Julia Burkard, die den Fachbereich leitet, mit den angehenden Kinderpfleger:innen ausgetauscht und ihnen vom meinem Weg aus dem BBZ in die Politik berichtet.



Kontakt



Team Bundestag

Abgeordnetenbüro Berlin
Telefon: 030 227-71810
sabine.dittmar@bundestag.de

Michael Frank - Büroleitung
Telefon: 030 227-71810

Markus Gleske
Telefon: 030 227-71811

Platz der Republik 1
11011 Berlin



Team Wahlkreis

Bürgerbüro Bad Kissingen
Telefon: 0971 6994949
sabine.dittmar.wk@bundestag.de

Karen Pohle - Büroleitung
Telefon: 0971 6994949

Carolin Schiefer
Telefon: 0971 6994949

Spargasse 10
97688 Bad Kissingen

Bürgerbüro Haßfurt
Telefon: 09521 5048809
sabine.dittmar.mo07@bundestag.de

Marco Heumann
Telefon: 09521 5048809

Marktplatz 6
97347 Haßfurt

Aufgeschnappt! Das Zitat der Woche

„Gemeinsames Handeln ist voraussetzungsvoll und verantwortungsvoll. Beides ist nicht in Talkshows zu erreichen, sondern nur in harter Arbeit, in harter Diplomatie!“



Ralf Mützenich, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion in der aktuellen Stunde zur geplanten Einführung von Leiharbeiter:innen am 25. Januar

Abgehört! SPD für die Ohren

MIT 22 IM BUNDESTAG – WAS HAST DU VOR, EMILY?



Emily Vontz ist für Helko Maas in den Bundestag nachgerückt - mit gerade einmal 22 Jahren. Die Saarländerin erklärt im Podcast, wie sie die ersten Tage in Berlin-Berlin erlebt hat, welche Themen sie vorantreiben will, und wie Kommunikation im Zeitalter von Social Media funktioniert.